

Auswahl von Ratsbeschlüssen der auslaufenden Wahlperiode, die nicht bzw. nicht vollständig umgesetzt wurden:

Solardachbörse

Antrag an den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss

beschlossen am 05.09.2006

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Solar-Dachbörse im Internetauftritt der Stadt oder der CWE vorzubereiten mit dem Ziel, Eigentümer von Dachflächen und potentielle Investoren zusammen zubringen. Vor allem geeignete Dachflächen öffentlicher Gebäude bzw. Gebäude städtischer Unternehmen sollen mit Standortbild, kurzer Standortbeschreibung sowie Ansprechpartner angeboten werden.

Verkehrsberuhigungskonzept Umfeld Autobahnzubringer West

Änderungsantrag zum Bauausführungsbeschluss Autobahnzubringer West

beschlossen am 13.12.2006

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschlusstext:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Verkehrsberuhigungskonzept für das Umfeld des Autobahnzubringers West zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen. Dabei sollen u.a. auch folgende Maßnahmen untersucht und bewertet werden: Sperrung des Haldenweges für den Durchgangsverkehr, Sperrung des Harthweges von der Kopernikusstraße bis zur Kalkstraße für den Durchgangsverkehr, konsequente Verkehrsführung des Schwerlastverkehrs über die Autobahn zwischen den Anschlüssen Mitte, West und Süd (Entlastung der Limbacher Straße)

Karl-Schmidt-Rottluff Gedenk- und Begegnungsstätte

Antrag an den Stadtrat

beschlossen am 13.12.2006

Einreicher: Fraktionen FDP und Die Linke

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ein Konzept für die Nutzung des Wohnhauses von Karl-Schmidt-Rottluff und die Umwandlung in eine Gedenkstätte zu erarbeiten. Dazu ist dem Kulturausschuss ein Betreiberkonzept und dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss ein bauliches Sanierungskonzept bis zum 30.06.2007 zur Diskussion vorzulegen.

Anmerkung zur Umsetzung: In einer Antwort auf eine Stadtratsanfrage teilt die Verwaltung im November 2008 mit, dass die Stadt ein Nutzungskonzept sowohl für das ehemalige Wohngebäude als auch die ehemalige Mühle der Familie Schmidt beabsichtigt und erste Ideen fixiert hat, Konzept sei jedoch abhängig vom Zugang zu beiden Objekten. Beurkundung des Kaufvertrages für Immobilie Limbacher Straße 380 erfolgte am 09.12.2008.

Gentechnikfreie Region Chemnitz

Antrag an den Stadtrat
beschlossen am 14.03.2007
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschlusstext:

Die Stadt Chemnitz strebt an, mit allen landwirtschaftlichen Grundbesitzern und auf dem Gebiet der Stadt tätigen Landwirten den Verzicht auf Einsatz und Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) über das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung ("Gentechnikfreie Region") zu vereinbaren.

Ausschilderung Radwege

Antrag an den Stadtrat
beschlossen am 24.10.2007
Einreicher: CDU Fraktion

Beschlusstext:

Der Stadtrat möge beschließen, die Stadtverwaltung damit zu beauftragen:

1. den bestehenden Radweg rechtsseitig der Augustusburger Straße von der Ecke Bahnhofstraße/Augustusburger Straße bis zur Straßenbahnhaltestelle Alfred-Strobel-Straße auszuschildern als Teil der Sächsischen Städteroute. Dabei soll der Radweg stadtwärts zusätzlich ausgeschildert werden mit "Stadtzentrum" und landwärts zusätzlich ausgeschildert werden mit "Zum Flöhatalradweg", "Zum Zschopautalradweg", "Euba" und "Flöha",
2. einen Radweg zwischen dem Ende dieser Strecke in der Nähe der Straßenbahnhaltestelle Alfred-Strobel-Straße und dem Beginn des Radweges entlang der Eubaer Straße zu schaffen und diese Verbindung so auszuschildern wie unter 1. angegeben,
3. in Zusammenarbeit mit der Stadt Flöha und dem Landkreis Freiberg auf den asphaltierten und wenig befahrenen Feld- und Waldstraßen zwischen Euba und Flöha einen Radweg auszuschildern entsprechend Ziff. 1., und zwar bis zum Flöhatalradweg/Zschopautalradweg an der Brücke über die Flöha,
4. eine entsprechende Fahrradverbindung durch Euba hindurch auszuschildern,
5. die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in den Haushalt 2008 einzustellen.

Veränderung der Schließzeiten in Kindertageseinrichtungen

Antrag an den Stadtrat
beschlossen am 14.11.2007
Einreicher: CDU Fraktion

Beschlusstext:

Nach umfangreicher Diskussion im Jugendhilfeausschuss wird die Stadtverwaltung beauftragt, im 1. Halbjahr 2008 zur Thematik „Schließzeiten von Kindertagesstätten der Stadt Chemnitz“ Gesprächsrunden mit allen Elternvertretern und weiteren interessierten Eltern aller im Bedarfsplan aufgenommenen Kindertagesstätten durchzuführen und anschließend ein Konzept zu erstellen, in dem die Ergebnisse der Befragung als Elternwille berücksichtigt werden. Dem Stadtrat sind die Termine der Gesprächsrunden unverzüglich bekannt zu geben und das Ergebnis als Entscheidungsgrundlage bis spätestens 30.09.2008 vorzulegen.

Anmerkung zur Umsetzung: *In der Antwort auf eine Stadtratsanfrage teilt die Verwaltung im Juni 2008 mit, dass lediglich zwei AGtreffen ohne Ergebnis stattfanden und keine Elternbefragung durchgeführt wurde. Begründung: „Eine repräsentative Meinungsumfrage aller Eltern der Stadt spiegelt Meinungen, Wünsche und Absichten wieder. Der Grundsatz*

der Objektivität ist bei Meinungsumfragen nicht erfüllt.“ Im April brachte die CDU Fraktion erneut einen BA mit der Aufforderung, das Konzept im Juni 2009 vorzulegen, im Stadtrat ein.

Klimaschutzprogramm

**Antrag an den Stadtrat
beschlossen am 27.02.2008
Einreicher: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Beschlusstext:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Erarbeitung eines Klimaschutzprogramms zur Verringerung der CO₂ Emission pro Einwohner auf 2,5 t pro Jahr für die Stadt Chemnitz öffentlich auszusprechen. Neben der Aufstellung einer Klimabilanz mit Verursachergruppen sollen im Klimaschutzprogramm maßnahmenkonkret verbindliche Klimaschutzmaßnahmen für die kommunalen Handlungsfelder Energie, Verkehr, Stadtplanung und kommunales Beschaffungswesen sowie die Bereiche private Haushalte, Industrie, Handel und Gewerbe festgelegt werden. Diese Maßnahmen sollen rechtlich qualifiziert sowie Möglichkeiten ihrer Institutionalisierung und Finanzierung dargelegt werden. Darüber hinaus sollen im Klimaschutzprogramm Szenarien des Klimawandels in den Bereichen Forst, Wasser/Abwasser und Biologische Vielfalt für Chemnitz entwickelt und erforderliche Anpassungsmaßnahmen erörtert werden.

***Anmerkung zur Umsetzung:** Der Stadtrat stellte auf Antrag der Grünen speziell für die Erarbeitung des Klimaschutzprogramms im Haushalt 2008 60.000 Euro bereit. Diese Mittel wurden von der Verwaltung für andere Zwecke verwendet.*

Auslobung "Architekturpreis der Stadt Chemnitz zur Förderung der Baukultur"

**Antrag an den Stadtrat
beschlossen am 19.03.2008
Einreicher: von FDP Fraktion initiiert, fraktionsübergreifend eingereicht**

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Verfahrensvorschlag zur Auslobung des „Architekturpreises der Stadt Chemnitz zur Förderung der Baukultur“ auszuarbeiten und dem Stadtrat, nach Diskussion im Kultur- und Sportausschuss und im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss, bis 30.09.2008 zur Beschlussfassung vorzulegen. Zielstellung ist es dabei in einem turnusmäßigen Abstand (Bestandteil des Kulturentwicklungsplans), herausragende in Chemnitz realisierte Leistungen bei Bauwerken und Freiraumgestaltungen sowie Umbauten, zu würdigen. Neben einer Urkunde soll den Preisträgern eine Plakette zur Anbringung an das preisgekrönte Bauwerk überreicht werden. Schirmherrin/Schirmherr der Auslobung sollte die bürgermeisterin/der Oberbürgermeister sein.

2. Die Zusammensetzung der Jury ist dem Kultur- und Sportausschuss sowie dem Planungs-Bau- und Umweltausschuss zur Zustimmung vorzulegen.

***Anmerkung zur Umsetzung:** Gemäß Stellungnahme der Verwaltung sollte Beschlussfassung am 15.10.2008 im Stadtrat erfolgen.*

Konzept zu Möglichkeiten der Aufklärung über sexuellen Missbrauch an Kitas und Schulen sowie Informationskampagne

Änderungsantrag an den Stadtrat zum Antrag Videoüberwachung von Spielplätzen der CDU beschlossen am 19.03.2008

Einreicher: Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SPD

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Art und Weise und den Umfang der Aufklärung über sexuelle Gewalt/ sexuellen Missbrauch in Chemnitzer Kindertagesstätten und soweit möglich auch an Chemnitzer Schulen zu informieren, ein Konzept vorzulegen, welches Möglichkeiten aufzeigt, wie die Aufklärung zu diesen Themen in Chemnitzer Kindertagesstätten und Schulen intensiviert und Selbstbehauptungskräfte/Abwehrkräfte der Kinder gestärkt werden können. Das Konzept soll außerdem die Möglichkeiten für eine Informationskampagne der Stadt aufzeigen, mit der die Bürgerschaft, insbesondere aber Eltern, auf die Gefahren sexuellen Missbrauchs im Alltag hingewiesen werden.

Anmerkung zur Umsetzung: In einer Antwort auf eine Stadtratsanfrage teilt die Verwaltung im März 2009 mit, dass eine Veranstaltung mit allen Kita-Leiterinnen zum Thema im September 2008 stattfand, eine Evaluierung des Fortbildungsbedarfs in Kitas erfolge, Anschaffung von Literatur möglich, die Erzieherfortbildung geplant und ein Gesprächskreis angedacht seien. „Zusätzliche Möglichkeiten einer Informationskampagne in der Stadt werden aus Sicht der Verwaltung aufgrund der Sensibilität des Themas nicht gesehen.“

Behebung von Defiziten in der Barrierefreiheit des öffentlichen Verkehrsraumes im Umfeld von bedeutenden Sozialeinrichtungen in Chemnitz

Antrag an den Stadtrat
beschlossen am 10.09.2008
Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Beschlusstext:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. Ein Handlungskonzept für eine barrierefreie Gestaltung des Umfeldes des Wohnzentrums für körperlich schwerstbehinderte Menschen in Zusammenarbeit mit dem ASB an der Rembrandtstraße nach der Beschlussfassung des Haushaltsplanes für das Jahr 2009 zu erstellen,
2. für die Einrichtung eines lichtsignalgeregelten Kreuzungsbereiches Flemmingstraße/ Rudolf-Krahl-Straße/Zufahrt Buswendeschleife der Linien 31 und 62 umgehend Sorge zu tragen.

Kommunale Umsetzung der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums, Teilnahme am Bundeswettbewerb für Kommunen "Energieeffiziente Stadtbeleuchtung" + Prüfung Fördermöglichkeiten auf Landesebene

Antrag an den Stadtrat
beschlossen am 10.9.2008
Einreicher: Fraktion SPD

Beschlusstext:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Beteiligung an dem ab Herbst 2008 beginnenden Bundeswettbewerb „Energieeffiziente Stadtbeleuchtung“ zu prüfen. Der Stadtrat ist über das Er-

gebnis der Prüfung zeitnah und im Falle einer Teilnahme über den Ausgang des Wettbewerbes nach dessen Abschluss zu informieren.

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Landesförderung zur Verbesserung der Energieeffizienz der Stadtbeleuchtung zu prüfen und den Stadtrat über das Ergebnis der Prüfung zeitnah zu informieren.

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat über alle übrigen Fördermöglichkeiten der Klimaschutzinitiative zu informieren und bis zum Jahresende Vorschläge zur weiteren Umsetzung in der Stadt zu unterbreiten. 4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Verbindung mit einer Erhöhung der Energieeffizienz der Straßenbeleuchtung eine schrittweise Einführung der umwelt- und insektenfreundlichen HSE/TLampen zu prüfen.

Abgabe ausrangierter PC Technik der Stadtverwaltung

Antrag an den Stadtrat

beschlossen am 21.01.2009

Einreicher: Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Beschlusstext:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ausrangierte PC Hardware der Stadtverwaltung unter Verwendung der vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik entwickelten Software sicher aufzubereiten und soweit möglich, an städtische und gemeinnützige Einrichtungen sowie in geeigneter Form an Dritte abzugeben.

Anmerkung zur Umsetzung: Nach Presseberichterstattung mehrere Nachfragen in der Fraktion, wie kommt Mann/Frau, Verein an alte PC's?